



## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Andreas Lotte, Martina Fehlner, Arif Taşdelen, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Hans-Ulrich Pfaffmann, Margit Wild, Ruth Müller, Bernhard Roos, Johanna Werner-Muggendorfer, Georg Rosenthal, Susann Biedefeld** und Fraktion (SPD)

### **Bundesfernstraßengesellschaft: Rechtssicherheit für die Beschäftigten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, wie aus ihrer Sicht bei der Bundesfernstraßengesellschaft Rechtssicherheit für die Beschäftigten geschaffen werden soll.

Das gilt insbesondere für die folgenden Maßnahmen:

- umfassender Schutz vor Privatisierung,
- Beschäftigungsgarantie und
- Überleitungstarifvertrag.

### **Begründung:**

Die Punkte im Antragstext wurden auf Bundesebene im Koalitionsausschuss beschlossen. Von besonderem Interesse ist deshalb die konkrete Umsetzung hinsichtlich Gesetzgebungsverfahren, Zeitplänen sowie Inkrafttreten der Maßnahmen.